S 9 U 38/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Schleswig-Holstein

Sozialgericht Schleswig-Holsteinisches

Landessozialgericht

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 9 U 38/16 Datum 16.05.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 U 49/18 Datum 09.03.2021

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Itzehoe vom 16. Mai 2018 wird mit der Maà gabe zurà 4ckgewiesen, dass die Beklagte unter Aufhebung des Bescheids vom 20. Januar 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 11. Mai 2016 nur dazu verurteilt wird, das Ereignis vom 15. November 2015 als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Die Beklagte hat der KlĤgerin die notwendigen auÄ∏ergerichtlichen Auslagen im Vor-, Klage- und Berufungsverfahren zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Anerkennung eines Verkehrsunfalls als Wegeunfall.

Â

Die 1989 geborene Klägerin arbeitete seit 1. Januar 2012 im Bereich Verkauf und					
als stellvertretende Leitung in der Tankstelle ihrer Mutter. Am 15. November 2015					
verunfallte sie nach dem Ende ihrer Arbeitszeit (14.30 Uhr) um 14:55 Uhr mit ihrem					
Pkw, da sie auf nasser Fahrbahn mit diesem nach rechts von der Fahrbahn abkam					
und an den StraÃ∏engraben stieÃ∏. Der Pkw überschlug sich mehrfach und die					
Klägerin wurde dabei aus dem Fahrzeug geschleudert. Sie wurde zunächst im					
Wklinikum Standort H stationär aufgenommen, an der Wirbelsäule					
operiert und sodann zur Weiterbehandlung in das B_ Klinikum Ha verlegt					
(Berichte vom 17. November 2015 bzw. 6. Januar 2016). Die Klägerin erlitt bei					
dem Unfall Frakturen mehrerer Wirbelkörper, diverse Querfortsatzfrakturen					
beidseits sowie einen Pleuraerguss nach Thoraxtrauma mit Rippenserienfrakturen					
5. bis 8. sowie 11. Diese Verletzungen führten zu einer inkompletten					
QuerschnittlĤhmung unter dem 11. Brustwirbelkörper mit neurogener					
Harnblasen- und MastdarmfunktionsstĶrung bei dorsaler Spondylodese beim 10.					
Brustwirbelkörper und 2. LenÂdenÂwirbelkörper. Sie wurde vollständig					
mobilisiert als eingeschrĤnkte FuÃ∏gängerin ohne Hilfsmittel entlassen und					
befand sich dann in laufender Ĥrztlicher und physiotherapeutischer Behandlung.					

Â

Die Klägerin t	eilte der Beklagte	n am 15. Dezember	2015 in einem p	ersönlichen	
Gespräch mit	deren Mitarbeiter	rin ausweislich deren	Vermerks mit, ar	n 15. No-	
vember 2015 auf dem Weg von der Arbeit nach Hause bemerkt zu haben, dass ihr					
Verlobter, der in der vorherigen Nacht bei ihr geschlafen hatte, ihren Schlüssel					
eingesteckt un	d ihr nicht ausgeh	ıändigt habe. Um in	ihre Wohnung zu	ı gelangen,	
habe sie einen geringfügigen Umweg von 2 bis 3 km fahren müssen, um					
den Schlüssel bei ihrem Verlobten abzuholen (Gesprächsvermerk vom					
16. Dezembeı	r 2015). Ihr Verlok	oter wohnte in der F_	Stra	̸e. Sie	
verunfallte kurz	z vor dem Wohno	rt ihres Verlobten, mi	t dem sie seit 15	. Juli 2016	
verheiratet ist.	Die Entfernung v	on ihrem Arbeitsplatz	ː (HstraÃ∏e ฺ	_ in M) zu	
ihrer Wohnung	(Ma _ in M) betrug 602Â m, d	ler Unfallort in de	er	
F	Stra̸e H̦he F	lausnummer 13 war (6,6Â km vom Arb	eitsplatz	
entfernt.					

Â

Die Beklagte lehnte einen Anspruch auf EntschĤdigungsleistungen aufgrund des Unfalles vom 15. November 2015 mit Bescheid vom 20. Januar 2016 ab, da die KlĤgerin sich zum Zeitpunkt des Unfalles nicht auf dem unmittelbaren Weg zu ihrer Wohnung, sondern auf einem gegenüber ihrem üblichen Heimweg zu ihrer Wohnung etwa 6 km längeren Weg befunden habe. Sie habe sich auf einem nicht versicherten Abweg befunden. Diesen Weg habe sie aus eigenwirtschaftlichen Gründen zurückgelegt, da sie die Wohnungsschlüssel von ihrem

Lebenspartner habe abholen wollen.

Â

Ihren Widerspruch vom 27. Januar 2016 begründete die Klägerin im Wesentlichen damit, sich auf dem direkten Weg von der Arbeitsstätte befunden zu haben und nicht an ihrer Wohnung vorbeigefahren zu sein. Sie habe die Wohnung ihres damals Verlobten â∏ jetzt Ehemanns â∏ als dritten Ort aufgesucht. Da sie ihren WohnungsschlÃ⅓ssel dringend benötigt habe, sei wesentlich darauf abzustellen, dass sie den dritten Ort als Zwischenort angesteuert habe, um nach der Arbeit ihre Wohnung aufzusuchen. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 11. Mai 2016 zurÃ⅓ck. Sie bekräftigte ihre Auffassung.

Â

Die dagegen erhobene Klage ist am 9. Juni 2016 beim Sozialgericht Itzehoe eingegangen. Die Klägerin hat vorgetragen, auch ein nicht nur unbedeutend längerer Weg könne unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stehen. Die von ihr gewählte Strecke sei an dem Tag erforderlich gewesen, um letztlich ihren Wohnort zu erreichen. Ihre Handlungstendenz sei darauf ausgerichtet gewesen, ihre Wohnung zu erreichen. Sie habe dieses Ziel zwischendurch nicht aufgegeben und ihren Weg daher nicht unterbrochen, um zwischendurch eine private Verrichtung zu erledigen. In der mündlichen Verhandlung vor dem Sozialgericht hat die Klägerin darauf verwiesen, bereits seit Juni 2015 verlobt gewesen zu sein. Sie hat geschildert, ihren eigentlichen Lebensmittelpunkt zum Unfallzeitpunkt bereits im Haus der Eltern ihres damals noch Verlobten gehabt zu haben. Sie sei nur noch selten in ihrer Wohnung gewesen und habe mit ihrem Verlobten mehr oder minder bei seinen Eltern gewohnt. Sie habe gelegentlich Wäsche aus ihrer Wohnung geholt und etwa zweimal im Monat dort übernachtet.

Â

Die Beklagte hat unter Verweis auf den verwaltungsaktenkundigen Ausdruck der Wegstrecken darauf verwiesen, dass der Abweg eindeutig erkennbar sei.

Â

Das Sozialgericht hat der Klage mit Urteil vom 16. Mai 2018 stattgegeben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 20. Januar 2016 idF des Widerspruchsbescheides vom 9. Mai 2016 dazu verurteilt, den Unfall vom 15. November 2015 als Arbeitsunfall anzuerkennen und der Klägerin die entsprechenden Leistungen nach den Vorschriften des gesetzlichen Unfallversicherungsrechts zu gewähren. Die Klägerin habe zum Unfallzeitpunkt in der Wohnung der Eltern ihres Verlobten einen weiteren Lebensmittelpunkt gehabt, in dem sie mindestens so viel Zeit verbracht habe wie in ihrer eigenen Wohnung, so dass der Weg zu diesem unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gestanden habe.

Gegen das ihr am 8. August 2018 zugestellte Urteil richtet sich die am 15. August 2018 eingegangene Berufung der Beklagten. Die Klägerin habe in der mündlichen Verhandlung erstmals vorgetragen, dass sich ihr Lebensmittelpunkt von ihrer eigenen Wohnung hin zur Wohnung der Eltern ihres damals Verlobten verlagert habe. Weitere Nachweise seien nicht vorgelegt worden. Die Anknüpfungstatsachen für einen Unfallversicherungsschutz zum Unfallzeitpunkt stünden nicht im Vollbeweis fest. Das Sozialgericht habe weitere Ermittlungen unterlassen. Entscheidend sei, dass die Klägerin ihre Wohnung habe aufsuchen wollen und den Weg â□□ aus ihrer Sicht einen Abweg â□□ aus eigenwirtschaftlichen Motiven zurückgelegt habe.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Itzehoe vom 16. Mai 2018 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

Â

Die KlAzgerin beantragt,

Â

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Sie hält die Entscheidung des Sozialgerichts für zutreffend und benennt Zeugen für ihren regelmäÃ \square igen Aufenthalt im Haus ihrer â \square 0 damals noch zukünftigen â \square 1 Schwiegereltern.

Â

Dem Senat haben die VerwaltungsvorgĤnge der Beklagten vorgelegen. Für die weiteren Einzelheiten wird auf die aktenkundigen Unterlagen und SchriftsĤtze Bezug genommen. Der Senat hat die Klägerin im Termin am 9. März 2021 ergänzend befragt sowie die Schwiegermutter der Klägerin und ihren Ehemann als Zeugen gehört. Für ihre Aussagen wird auf das Sitzungsprotokoll Bezug genommen.

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung der Beklagten ist zul \tilde{A} xssig, insbesondere form- und fristgerecht eingegangen, jedoch im Wesentlichen unbegr \tilde{A}^{1} 4ndet.

Â

1. Die Entscheidung des Sozialgerichts ist zutreffend, soweit die Beklagte verurteilt wurde, anzuerkennen, dass die Klägerin am 15. November 2015 einen Arbeitsunfall erlitten hat. Die streitgegenständliche Entscheidung der Beklagten ist insoweit rechtswidrig. Allerdings hat das Sozialgericht in dem Entscheidungstenor den ebenfalls gestellten, inhaltlich aber nicht ausreichend bestimmten Leistungsantrag der Klägerin (gerichtet auf die Gewährung von Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung) berÃ⅓cksichtigt, dem nach der mittlerweile ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung bei einer sinnentsprechenden Auslegung nach §Â 123 SGG aber keine eigenständige Bedeutung zukommt (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 7. September 2004 â∏ B 2 U 46/03 R â∏ juris Rn 11/12). Auf die Berufung der Beklagten hat der Senat daher den Entscheidungstenor des Sozialgerichts richtiggestellt, wonach die Beklagte â∏ entsprechend dem eigentlichen Begehren der Klägerin â∏ â∏nurâ∏ dazu zu verurteilen ist, das Ereignis vom 15. November 2015 als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Â

2. Die so verstandene und insgesamt zulĤssige Klage ist auch begrļndet. Die KlĤgerin stand bei ihrem Verkehrsunfall am 15. November 2015 unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Â

Arbeitsunfälle sind Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach §Â 2, 3 oder 6 begrÃ⅓ndenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit) (§Â 8 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Siebtes Buch â∏ SGB VII). Versicherte Tätigkeiten sind auch das ZurÃ⅓cklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit (§Â 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von auÃ∏en auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod fÃ⅓hren (§Â 8 Abs. 1 Satz 2 SGB VII).

Â

Für einen Arbeitsunfall â∏ und gleichermaÃ∏en einen Wegeunfall i.S.v. <u>§Â 8</u>
<u>Abs. 2 Nr. 1 SGB VII</u> â∏ ist daher aufgrund der Regelung in <u>§Â 8 Abs. 1</u>
<u>SGB VII</u> erforderlich, dass die Verrichtung â∏ bzw. der zurückgelegte Weg â∏∏

des Versicherten zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit â∏ bzw. dem Arbeitsweg â∏ zuzurechnen ist (innerer bzw. sachlicher Zusammenhang), dass diese Verrichtung â∏ bzw. der zurückgelegte Weg â∏ zu dem zeitlich begrenzten, von au̸en auf den Körper einwirkenden Ereignis â∏ dem Unfallereignis â∏ geführt hat (Unfallkausalität) und dass das Unfallereignis einen Gesundheitserstschaden oder den Tod des Versicherten verursacht hat (haftungsbegründende KausalitÃxt); das Entstehen von lÃxnger andauernden Unfallfolgen aufgrund des Gesundheitserstschadens (haftungsausfļllende KausalitÃxt) ist keine Voraussetzung für die Anerkennung eines Arbeitsunfalls, sondern fÃ1/4r die GewÃxhrung einer Verletztenrente. Hinsichtlich des Beweisma̸stabs gilt dabei, dass das â∏∏Unfallereignisâ∏∏ und der â∏Gesundheitserst- bzw. Gesundheitsfolgeschadenâ∏ sowie die Tatsachen, die den inneren Zusammenhang der Verrichtung im Zeitpunkt des Unfalls zur versicherten Tätigkeit begründen im Wege des Vollbeweises â□□ also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit â∏∏ für das Gericht feststehen müssen (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 9. Mai 2006 â∏ BÂ 2Â U 1/05Â R â∏ Rn 10, 20; Urteil vom 31. Januar 2012, BÂ 2Â U 2/11Â R â∏ Rn 17).

Â

a) Dass die Klä¤gerin sich am 15. November 2015 mit ihrem PKW mehrfach Ľberschlug und aus ihrem Fahrzeug geschleudert wurde, stellt ein plä¶tzliches, von auÄ∏en auf ihren Kä¶rper einwirkendes Ereignis dar, das u. a. zu mehreren Wirbelkä¶rperbrä¼chen und mehreren Rippenbrä¼chen als Gesundheitserstschaden â∏ und langandauernden Folgen in Form einer inkompletten Querschnittlä¤hmung ab dem 11. Brustwirbelkä¶rper â∏ fã¼hrte. Das Unfallereignis und der Gesundheitserstschaden stehen im Vollbeweis fest. Die Kausalitä¤t zwischen dem Pkw-Unfall und den Gesundheitserstschä¤den steht â∏ mindestens â∏ mit hinreichender Wahrscheinlichkeit fest. Die Klä¤gerin stand als Angestellte bei der Tankstelle ihrer Mutter in einem Beschä¤ftigungsverhä¤ltnis und damit als Beschä¤ftigte grundsä¤tzlich unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne von å§å 2 Abs.å 1 Nr.å 1 SGBå VII. Da sie sich zum Unfallzeitpunkt von ihrer Arbeitsstä¤tte entfernte, befand sie sich auf einem Weg von der Arbeit im Sinne von å§å 8 Abs.å 2 Nr.å 1 SGBå VII.

Â

b) Diesen Weg von der Arbeit legte die Klägerin als versicherten Arbeitsweg im Sinne von <u>§Â 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII</u> zurýck.

Â

aa) Beim Zurýcklegen des mit der versicherten TÃxtigkeit zusammenhÃxngenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort dieser versicherten TÃxtigkeit als Vorbzw. Nachbereitungshandlung zur versicherten TÃxtigkeit ist nicht der Weg als solcher, sondern dessen Zurýcklegen versichert, also der Vorgang des Sichfortbewegens auf einer Strecke, die durch einen Ausgangs- und einen Zielpunkt begrenzt ist (BSG, Urteil vom 06. Oktober 2020 â \square BÂ 2Â U 9/19 R â \square

Rn 19). Der innere Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit setzt voraus, dass der Weg, den der Versicherte zurĽcklegt, wesentlich dazu dient, den Ort der Tätigkeit oder nach deren Beendigung â∏∏ in der Regel â∏∏ die eigene Wohnung oder einen anderen Endpunkt des Weges von dem Ort der TÄxtigkeit zu erreichen. Ma̸gebend ist dabei die Handlungstendenz des Versicherten, so wie sie insbesondere durch die objektiven UmstĤnde des Einzelfalles bestĤtigt wird (BSG, Urteil vom 3. Dezember 2002 â∏∏ BÂ 2Â U 19/02 R â∏∏ Rn 14; Urteil vom 30. Januar 2020, <u>B 2 U 19/18 R</u> â∏ Rn 19; Urteil vom 6. Oktober 2020, BÂ $2\hat{A}$ U $9/19\hat{A}$ R $\hat{a} \square \square$ Rn 25, 26). Die Handlungstendenz als eine von den Tatsachengerichten festzustellende innere Tatsache ist aufgrund der objektiven Umstände des Einzelfalls zur Ã∏berzeugung des Tatrichters im Vollbeweis festzustellen, wobei die Objektivierung der Handlungstendenz als innerer Haupttatsache voraussetzt, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Hilfstatsachen (Indizien) in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in eine Gesamtschau eingestellt sowie nachvollziehbar und widerspruchsfrei unter- und gegeneinander abgewogen werden (BSG, Urteil vom 6. Oktober 2020, BÂ 2Â U 9/19Â R, Rn 26,27).

Â

bb) Die KlÄxgerin befand sich zum Unfallzeitpunkt nicht auf dem direkten Weg von ihrer ArbeitsstÄxtte in der Tankstelle ihrer Mutter zu der von ihr angemieteten Wohnung, sondern auf dem Weg zum Wohnhaus der Eltern ihres Verlobten und sie wollte von dort aus, nachdem sie einen SchlÃ⅓ssel fÃ⅓r diese Wohnung â∏ den ihres Verlobten â∏ an sich genommen hatte, zu der von ihr angemieteten Wohnung fahren. Diese Handlungstendenz des von ihr am 15. November 2015 gewÃxhlten und zurückgelegten Weges steht für den Senat im Rahmen der freien ̸berzeugungsbildung (<u>§Â 128 SGG</u>) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit fest. Die KlĤgerin schilderte diesen Anlass und dieses Ziel ihres Weges bereits am 15. Dezember 2015 gegenüber einer Mitarbeiterin der Beklagten und beschrieb beides schriftsAxtzlich im Widerspruchs- und im Klageverfahren. Der Senat ist davon ýberzeugt, dass die Klägerin am 15. November 2015 bereits zu Beginn ihres nach der Arbeit angetretenen Weges das Ziel hatte, das Haus ihrer seinerzeit künftigen Schwiegereltern zu erreichen, um dort einen Schlüssel für ihre Wohnung an sich zu nehmen und erst dann zu ihrer Wohnung zu fahren. Denn die KlÄxgerin hatte nach ihren glaubhaften und glaubwürdigen Angaben im Termin am 9. MÃxrz 2021 bereits vor Fahrtantritt bemerkt, dass sie den SchlA¼ssel fA¼r die von ihr angemietete Wohnung nicht bei sich fýhrte. Sie hatte an dem Morgen die von ihr angemietete Wohnung mit ihrer Handtasche verlassen, ohne ihren Schlüssel mitzunehmen. Da ihr seinerzeit Verlobter sich noch in der Wohnung aufhielt ist nachvollziehbar, dass die KlĤgerin â∏ bei lebensnaher Betrachtung â∏ die Wohnungstür nicht verschloss und auch nicht abschlie̸en wollte, so dass ihr nicht bewusst war, die Wohnung ohne ihren Schlüssel verlassen zu haben. Der Vermerk einer Mitarbeiterin der Beklagten vom 16. Dezember 2015 steht dieser Beweiswürdigung nicht entgegen, da es sich nicht um eine aktenkundige Angabe der KlĤgerin handelt.

Â

cc) Der Weg von der ArbeitsstĤtte zum Wohnhaus ihrer â\[\] seinerzeit kýnftigen â\[\] Schwiegereltern ist mit 6,6Å km etwa zehnmal so lang wie der Weg von der ArbeitsstĤtte zu der von ihr angemieteten Wohnung (602Å m) und sie hatte zum Unfallzeitpunkt das Haus ihrer Schwiegereltern fast erreicht. Die Klägerin befand sich dabei jedoch nicht â\[\] wie die Beklagte annimmt â\[\] auf einem von ihrer angemieteten Wohnung wegfýhrenden und nicht versicherten Abweg. Ein Abweg wird angenommen, wenn der Versicherte sich nicht auf direktem Weg in Richtung seiner ArbeitsstĤtte oder seiner Wohnung, sondern in entgegengesetzter Richtung von diesem Ziel fortbewegt (siehe BSG, Urteil vom 22. Dezember 2016, B 2 U 16/15 R â\[Rn 17). Denn die Klägerin legte einen Weg zu einem häuslichen Bereich zurýck, der als Arbeitsweg im Sinne von §Â 8 Abs. 2 Nr. 1 SGBÂ VII unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stand.

Â

dd) Unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung steht nicht nur ein Weg zur und von der ArbeitsstÄxtte, der von oder zu einem Wohnraum als privatem Rückzugsraum führt, den der nach §Â 2 SGBÂ VII Versicherte finanziert und für den eine Meldeadresse behördlich registriert ist, sondern auch der Weg zu dem privaten Rückzugsraum, an dem der Versicherte sich durch soziale Bindungen zu anderen Personen regelmÃxÃ∏ig aufhÃxlt. Diese Fallkonstellation wird unter dem Stichwort â∏erweiterter häuslicher Bereichâ∏∏ (BSG, Urteil vom 18. Oktober 1994, 2Â RU 31/93; Bayerisches Landessozialgericht, Urteil vom 8. März 2017, L 2 U 26/16; Landessozialgericht fýr das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 13. Dezember 2017, LÂ 10Â U 448/17) diskutiert und ist davon geprÄxgt, dass der Versicherte nicht nur in einem von ihm angemieteten häuslichen Bereich mit melderechtlicher Adresse lebt, sondern sich auch regelmäÃ∏ig in einem anderen Haushalt einer Person aufhält, zu der eine enge persönliche Verbindung besteht, z. B. Partner einer Liebesbeziehung, und in deren Haushalt der Versicherte integriert ist. Der Weg zum und von dem Ort der TÃxtigkeit wird dann gewöhnlich von wechselnden Ausgangspunkten aus angetreten, ohne dass einer få¼r sich genommen den einzigen Lebensmittelpunkt bildet. Auf dem Weg von und zu jedem dieser Orte besteht Versicherungsschutz, solange der Versicherte einen dieser beiden Orte direkt ansteuert. Das anschlie̸ende Weiterfahren zu oder Pendeln zwischen beiden Lebensmittelpunkten ist nicht nach dem SGB VII versichert. Der Senat schlieÃ∏t sich der vorhandenen Rechtsprechung zur Anerkennung des Weges zu einem erweiterten häuslichen Bereich an und legt sie der weiteren Prüfung zugrunde. Die Annahme eines erweiterten h\tilde{A}\tilde{x}uslichen Bereichs wird der heutigen gesellschaftlichen RealitÃxt gerecht. Dabei hÃxlt es der Senat mit dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (a.a.O. Rn 33) auch fÃ¹/₄r allgemeinkundig, dass vor allem bei Beginn einer neuen Partnerschaft die Betroffenen zwar noch die jeweiligen bisherigen Wohnungen beibehalten, ein Zusammensein aber in beiden Wohnungen gelebt wird, selbst wenn möglicherweise in einem der beiden Wohnräume als privater Rückzugsraum quantitativ mehr gemeinsame Zeit verbracht wird.

ee) Die KlĤgerin war zum Unfallzeitpunkt verlobt. Dieses teilte sie der Beklagten bereits am 15. Dezember 2015 mit und wurde von ihr im Termin vor dem Sozialgericht erneut erklärt. Sie hielt sich seit 1. April 2015 regelmäÃ∏ig bei ihrem jetzigen Ehemann auf, der seinerzeit und am Unfalltag im Haus seiner Eltern in einem Zimmer lebte. Sie hielt sich dort mindestens fünf bis sechsmal pro Woche auf, nahm dort gemeinsam mit der Familie ihres Verlobten ihre Mahlzeiten zu sich, half bei anfallenden Haushaltsaufgaben, hatte persĶnliche GegenstĤnde wie Bekleidung und Schuhe, Kosmetika und Utensilien zur KA¶rperpflege vor Ort und nahm am abendlichen Familienleben ihres zum Unfallzeitpunkt Verlobten teil. Diese Umstände stehen zur Ã∏berzeugung des Senats im Vollbeweis und ohne Restzweifel fest. Diese ̸berzeugung hat der Senat aus den Angaben der Klägerin in der Gerichtsakte und insbesondere durch die persĶnliche AnhĶrung im Termin am 9. März 2021 und den Aussagen der Zeugen (§Â 118 Abs. 1 SGG, §Â 373 R und J R gewonnen. Die Angaben der Klägerin und der Zeugen sind glaubhaft. Sie sind in sich und im Vergleich untereinander widerspruchsfrei. Es ist keineswegs lebensfern, in dem Alter der KlĤgerin und ihres seinerzeit Verlobten ein familiÄxres Leben mit den Eltern unter einem Dach zu suchen, anstatt sich zurļckgezogen in der Wohnung aufzuhalten, die die KIägerin angemietet hatte und finanzierte. Die Angaben der KIägerin und die Aussagen der Zeugen S R und J R sind glaubwürdig. Sowohl die KlĤgerin als auch die Zeugen haben spontan und freimļtig auf die Fragen geantwortet. Gleichzeitig haben die Aussagen nicht den Eindruck erweckt, vorher aufeinander abgestimmt worden zu sein. So haben die KIĤgerin und ihre Schwiegermutter unterschiedliche Hilfeleistungen der KlĤgerin im Haushalt ihrer Schwiegereltern geschildert. Die Klägerin hat erzäghlt, beim Staubsaugen, Geschirrspýler ausräumen, Bettenbeziehen geholfen zu haben. Die Zeugin hat ausgesagt, die Klägerin habe regelmäÃ∏ig geholfen, so auch beim Frühjahrsputz und Fensterputzen. Sowohl die Klägerin als auch die Zeugin haben über Bekleidung und persönliche Utensilien berichtet, die die Klägerin regelmäÃ∏ig im Haus ihrer Schwiegereltern aufbewahrte. Der Senat hat der Zeugin R ihr â∏ glaubÂwürdiges â∏∏ Wohlwollen gegenüber der Klägerin angemerkt, als sie davon berichtet hat, welche persönlichen GegenstĤnde die KlĤgerin in ihren Haushalt einbrachte und die sich demzufolge â∏ wie die Sachen ihrer Söhne â∏ in den Familienalltag einfügten und ihren Platz im Haushalt hatten. Ihre Aussage war von einer Herzlichkeit geprÄxgt, die keine Zweifel daran aufkommen lie̸, dass die Klägerin in den Familienalltag ihres Verlobten integriert war. Auch dem Zeugen J____ R____ hat der Senat die â□□ glaubwürdige â∏ tiefe Zuneigung zur Klägerin angemerkt, die bereits zum Unfallzeitpunkt gereift war. So bestand er wĤhrend der Protokollierung seiner Aussage spontan und inbrünstig darauf, dass die Klägerin zum fraglichen Zeitpunkt â∏ dem Unfalltag â∏ seine Verlobte und nicht â∏ nur â∏ seine Freundin war. Auch seine Aussage l\tilde{A}\tilde{x}sst daher keine Zweifel daran aufkommen, dass die KlĤgerin im November 2015 in den Alltag seiner Familie integriert war und sie im Haus seiner Eltern einen Lebensmittelpunkt hatte, den sie regelmäÃ∏ig nach der Arbeit ansteuerte und von dem aus sie sich regelmäÃ∏ig auf den Weg zu ihrer Arbeit machte. Angesichts dessen, dass die KlAzgerin sich nahezu tAzglich dort aufhielt und übernachtete und sie die eigene Wohnung nur unregelmäÃ∏ig zur Erledigung einiger Alltagsverrichtungen (z. B. Post holen, WĤsche waschen)

oder zum gemeinsamen Treffen mit Freunden aufsuchte, spricht bei Gesamtwürdigung aller Umstände in diesem Fall sogar mehr dafÃ⅓r, das Haus ihrer Schwiegereltern als zentralen Wohnort der Klägerin anzusehen, der durch die von ihr angemietete Wohnung um einen häuslichen Bereich ergänzt wird. Eine abschlieÃ∏ende Festlegung ist jedoch nicht rechtserheblich.

Â

ff) Die KlĤgerin befand sich am 15. November 2015 zum Unfallzeitpunkt auf dem direkten Weg zu diesem (erweiterten) hĤuslichen Bereich. Dass sie diesen (erweiterten) hĤuslichen Bereich am Ende dieser Fahrt nur kurz aufsuchen wollte, um einen SchlĽssel fļr die von ihr angemietete Wohnung abzuholen, und dann zu ihrer Wohnung fahren wollte, ist unschĤdlich. Der an dem Tag versicherte Arbeitsweg endete zwar mit dem Erreichen des anvisierten hĤuslichen Bereichs bei ihren seinerzeit künftigen Schwiegereltern, endete aber auch nicht vorher.

Â

gg) Da die Klägerin am 15. November 2015 nach der Arbeit ihren häuslichen Bereich im Haus ihrer Schwiegereltern ansteuerte, kommt es nicht darauf an, ob die Klägerin nach der Arbeit mit ihrem Heimweg im Sinne von <u>§Â 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII</u> einen dritten Ort im Sinne der jýngsten Rechtsprechung des BSG (dazu Urteil vom 30. Januar 2020, <u>BÂ 2Â U 2/18Â R</u>) aufsuchen wollte oder nicht.

Â

3. Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § \hat{A} 193 SGG und orientiert sich am Ausgang des Verfahrens.

Â

4. Es liegt keiner der in <u>§Â 160 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 SGG</u> genannten GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision vor.

Erstellt am: 28.12.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024